



## Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0035/2026

|  |  |                                       |                                       |
|--|--|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Vorlage: <b>ST/0034/2026</b>   |  | Datum: 19.05.2026                     |                                       |
| <b>Dezernat 4</b>  |  |                                       |                                       |
| Verfasser:   | 61-Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung | Az.: 61.1/Sb                          |                                       |
| <b>Betreff:</b>  |  |                                       |                                       |
| <b>Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke-PARTEI, WGS und FDP: Schienenthaltepunkt „Verwaltungszentrum“ beschleunigen</b> |  |                                       |                                       |
| Gremienweg:  |  |                                       |                                       |
| 28.05.2026   | Stadtrat                                   | <input type="checkbox"/> einstimmig   | <input type="checkbox"/> mehrheitl.   |
|  |  | <input type="checkbox"/> abgelehnt    | <input type="checkbox"/> Kenntnis     |
|  |  | <input type="checkbox"/> verwiesen    | <input type="checkbox"/> vertagt      |
|  |  | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
|  | TOP  |                                       | ohne BE<br>abgesetzt<br>geändert      |
|  | öffentlich                                 |                                       |                                       |

### Stellungnahme:

Die Verwaltung begrüßt den Antrag. Sie ist ohnehin bemüht, beschleunigend auf die Realisierung der Bahnstation einzuwirken. Bereits in der Vergangenheit wurden der Vorhabenträger DB, das Land (das ca. drei Viertel der Investitionskosten trägt) sowie der planende Zweckverband SPNV Nord entsprechend kontaktiert. Anlässlich des Projekts einer Interimsschule in der Goldgrube wird die Stadt auf den SPNV Nord zugehen und sich über den aktuellen Planungsstand informieren und gemeinsam mit den Planern beraten, welche Unterstützung hilfreich ist. Über das Ergebnis wird die Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität informieren, wobei dann über das richtige Instrument zu einer Beschleunigungswirkung beraten werden soll (Resolution Stadtrat gegenüber DB und Land, Bereitstellung von Ausgleichsflächen etc.).

Die etwaige Herstellung von Aufzügen wäre von der Stadt zu beauftragen und finanzieren. Sie ist keine Voraussetzung für die Inbetriebnahme der Bahnstation.

### Finanzielle Auswirkungen:

Städtischerseits keine Zusatzkosten.

### Anhang:

VEP-Verträglichkeitsnachweis

### Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen und wird im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität über das Ergebnis der Beratung mit dem SPNV Nord informieren.